

Konferenz Bildung

Workshop Volksschule vom 3. Mai 2010 Ergebnisse und Folgerungen

1. Zielsetzung und Programm	1
2. Zusammenfassung der Inputreferate und Tischgespräche	2
3. Folgerungen	6

Anhang 1: Liste der Teilnehmer/innen

Anhang 2: Handouts zu den Inputreferaten

1. Zielsetzung und Programm

Der Workshop in Lyss fand im Rahmen der Startphase der neuen Konferenz Bildung statt, die im Herbst 2009 ihre Arbeit aufnahm. Im Zentrum stand die Diskussion aktueller Themen im Bereich der Volksschule. Die Veranstaltung richtete sich an Gemeinderatsmitglieder, Verwaltungsangestellte und Schulkommissionspräsidenten/innen (Liste der Teilnehmer/innen im Anhang).

Der Workshop hatte zum Ziel

- die Gemeinden über den Start der Konferenz Bildung zu informieren
- Kontakte und Erfahrungsaustausch unter den Gemeinden zu ermöglichen
- den Handlungsbedarf im Volksschulbereich auf regionaler Ebene aufzuzeigen.

Gestützt auf die Präferenzen der Teilnehmer/innen wurden vier Themen zur Diskussion gestellt:

- Geleitete Schule
- Schulsozialarbeit und offene Kinder- und Jugendarbeit
- Volksschule in kleinen Gemeinden
- Neue Finanzierung Volksschule

Als Einstieg in die Diskussion dienten Inputreferate von kompetenten Fachpersonen. Anschliessend wurden die Themen gruppenweise in Tischgesprächen vertieft.

2. Zusammenfassung der Inputreferate und Tischgespräche

2.1 „Geleitete Schule“

Input von Patrik Sager, Schulinspektor, Regionales Schulinspektorat Seeland

Der Prozess zur Einführung der geleiteten Schule ist seit ca. 20 Jahren im Gang. Das Ziel ist die Professionalisierung der strategischen und operativen Leitung der Schule und die Klärung der Rollen und Aufgaben der beteiligten Partner (Schulkommission, Gemeinderat, Gemeindeverwaltung, Schulleitung, Lehrerschaft). Die Aufgabenteilung ist auf Gesetzes- und Verordnungsstufe definiert, in der Umsetzung sind die Gemeinden weitgehend frei. Sie stehen damit in der Verantwortung, die Leitung der Schule so zu organisieren, dass sie den heutigen und künftigen organisatorischen und pädagogischen Ansprüchen gerecht wird. Der Kanton empfiehlt für eine „geleitete Schule“ eine Mindestgrösse von 8-10 Klassen mit einem Pensum für die Schulleitung von 40-50%. Im Seeland gibt es noch verschiedene Schulen, die unter diesen Werten liegen.

Das Handout zum Inputreferat befindet sich im Anhang.

Ergebnisse der Tischgespräche

Die Umsetzung der geleiteten Schule ist im Seeland ein laufender Prozess, der unterschiedlich fortgeschritten ist. Die Reorganisation der Schulkommissionen ist vielerorts erfolgt, wobei unterschiedliche Modelle umgesetzt werden. Erst wenige Gemeinden haben die Einbindung der Schulleitung in die Gemeindeverwaltungen realisiert. Tendenziell ist die Umsetzung in grösseren Gemeinden weiter fortgeschritten als in kleineren, wo eine Umsetzung gemäss den Empfehlungen des Kantons nicht möglich ist und gemeindeübergreifende Lösungen gefunden werden müssen. Weitere Problempunkte in der Umsetzung sind die mangelnde Akzeptanz der Schulleitungen durch die Lehrkräfte, die geringe Attraktivität von kleinen Schulleitungspensen und die Zusammenarbeit von Lehrkräften verschiedener Schulhäuser. In der Diskussion um gemeindeübergreifend organisierte Schulen (Unterstufe) stellt sich zudem die Frage, wie die einzelnen Gemeinden ihren Einfluss auf die Schule behalten können.

Als mögliche Aufgaben von seeland.biel/bienne werden genannt:

- Anbieten oder vermitteln von gemeinsamen Workshops/Schulungen für Schulleitungen und Schulkommissionen
- Vermitteln von Informationen zum Thema (Website)
- Erstellen einer Übersicht über die verschiedenen Umsetzungsmodelle in den Gemeinden der Region (als Informationsquelle und Beitrag zur Vereinheitlichung)
- Coaching der Gemeinden bei der Umsetzung

2.2 „Schulsozialarbeit und offene Kinder- und Jugendarbeit“

Input von Franziska Hess, Leiterin Jugendfachstelle Lyss und Umgebung

Schulsozialarbeit (SSA) und offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) haben dasselbe Ziel: Kinder und Jugendliche im Prozess des Erwachsenwerdens zu begleiten, zu unterstützen und zu fördern. Bei der Umsetzung bestehen strukturelle Unterschiede: Die SSA fokussiert traditionell auf die Schule, die OKJA auf die Freizeit. Damit die Früherkennung von schwierigen Lebenssituationen und die Problemlösung funktionieren können, braucht es eine gute Kooperation zwischen SSA und OKJA, die alle Lebenswelten der Kinder- und Jugendlichen einschliesst (Familie, Schule, Freizeit etc.). Im Grundsatz bedeutet dies, dass Früherfassung und soziale Arbeit in der Schule als gemeinsame Aufgabe von Schule, Jugendhilfe, zivilrechtlichem Kinderschutz (Vormundschaft) und Sozialhilfe zu betrachten ist. Die Umsetzung dieses Grundsatzes verlangt eine Öffnung und Annäherung der verschiedenen Institutionen und Fachpersonen. Auf Kantonsebene wird im Rahmen von REVOS 2012 die Einführung von SSA ab 2012 geprüft. Im 2011 soll die OKJA in der kant. Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) verankert werden. Mit dem FILAG 2012 schliesslich wird die Finanzierung von SSA und OKJA neu geregelt. Die Gemeinden müssen sich auf diese neuen Rahmenbedingungen vorbereiten und überlegen, wie sie SSA und OKJA organisieren und die Kooperation sicherstellen wollen.

Das Handout zum Inputreferat befindet sich im Anhang.

Ergebnisse der Tischgespräche

Die Diskussion bestätigt, dass die SSA in allen Gemeinden ein Thema ist, auch in kleinen Gemeinden im ländlichen Raum. Seitens der Gemeinden bestehen Zweifel, ob der Kanton die für 2012 angekündigte Einführung der SSA tatsächlich umsetzen wird. Ungeachtet dieser Unsicherheit wird die Klärung der im Inputreferat aufgeworfenen Fragen zur Organisation und Kooperation von SSA und OKJA als wichtig erachtet. Dabei zeigt sich, dass die Gemeinden Interesse an gemeindeübergreifenden Angeboten der SSA haben. Die Situation in der Region ist heute sehr unterschiedlich. Erst wenige Gemeinden bieten SSA an, und auch OKJA wird nicht überall angeboten. Bei der Umsetzung gibt es das Modell der Stadt Biel, in welcher die SSA der Schule angegliedert ist (interne Lösung mit dauernder Präsenz in den Schulen) und das Modell Lyss, bei welchem die SSA durch die Jugendfachstelle Lyss angeboten wird (externe Lösung ohne dauernde Präsenz in den Schulen). Die Jugendfachstelle setzt rund die Hälfte ihrer Ressourcen für SSA in den Schulen ein. Dieses Modell hat den Vorteil, dass die Begleitung der Jugendlichen in Schule und Freizeit erfolgen kann. Dies ist aus Sicht der SSA sinnvoll und verbessert die Wirksamkeit der OKJA.

Als mögliche Aufgaben von seeland.biel/bienne werden genannt:

- Lobbying beim Kanton im Hinblick auf REVOS 2012 mit dem Argument, dass SSA nicht nur ein städtisches Anliegen ist, sondern alle Gemeinden betrifft.
- Entwickeln eines regionalen Modells für das Angebot und die Kooperation von SSA und OKJA, das ab 2012 eine regional koordinierte Einführung ermöglicht (unabhängig vom Entscheid des Kantons).
- Organisation von Workshops (auch mit Einbezug der Fachstellen)

2.3 „Volksschule in kleinen Gemeinden“

Input von Christian Wiedmer, Schulleiter Primarschule Brüttelen

Christian Wiedmer illustriert am Beispiel der Primarschule Brüttelen die schwierige Aufgabe von kleinen Gemeinden, den heutigen organisatorischen und pädagogischen Anforderungen an die Schule gerecht zu werden. Brüttelen sieht sich mit sinkenden Schülerzahlen konfrontiert, die zwischen 2003 bis 2014 eine Reduktion von 3 auf 1 Klasse zur Folge haben. Aus pädagogischen Überlegungen haben sich der Gemeinderat, die Schulkommission und die Schulleitung gegen eine Gesamtschule ausgesprochen, d.h. es muss eine Zusammenarbeitsform mit mindestens einer anderen Gemeinde gefunden werden. Mit der Nachbargemeinde Treiten, die in wenigen Jahren vor ähnlichen Problemen steht, konnte bisher keine Einigung für eine gemeinsame Primarschule erreicht werden. Anders beim Kindergarten, wo seit 2008 eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Gemeinden besteht. Christian Wiedmer plädiert dafür, dass die kleinen Gemeinden ihre ‚Schulprobleme‘ aktiv angehen (und nicht erst wenn es wirklich nicht mehr anders geht) und Zusammenarbeitsformen ernsthaft prüfen. Eine Kooperation unter kleinen Gemeinden bietet die Chance, dass die Gemeinden mehr Einfluss auf die Schule (und damit mehr Selbständigkeit) behalten als beim Zusammenschluss mit einer grossen Gemeinde.

Das Handout zum Inputreferat befindet sich im Anhang.

Ergebnisse der Tischgespräche

An der Diskussion sind hauptsächlich Vertreterinnen und Vertreter aus kleinen und mittleren Gemeinden beteiligt. Die Diskussion zeigt, dass die Situation bezüglich der Zusammenarbeit im Volksschulbereich sehr unterschiedlich ist. Vielerorts ist der politische Wille für eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit noch nicht vorhanden. Grossen Einfluss haben dabei die Eltern, die oft auf einen Erhalt der Gemeindeschulen drängen. Vom FFLAG 2012 (siehe 2.4) wird eine neue Dynamik erwartet, da die Gemeinden die finanziellen Folgen ihrer Schulstruktur direkt zu spüren bekommen. Für die Zusammenarbeit unter Gemeinden werden zwei Modelle skizziert: die Bildung von gemeindeübergreifenden Primarstufenzentren mit einer Sitzgemeinde sowie die Zusammenfassung von mehreren Schulen unter einem organisatorischen Dach (mit einer Schulleitung). Die Aufforderung an die Gemeinden, aktiv zu werden, wird unterstützt. Die Behörden müssten die Entwicklung der Schülerzahlen kennen und einen Grundsatzentscheid fällen, wie ‚klein‘ ihre Schule sein soll. Wichtig ist es, die Lehrpersonen über die Schulentwicklung zu informieren. In der Zusammenarbeit werden viele Vorteile (optimale Nutzung der Ressourcen und der Infrastruktur, ausreichende Nachfrage für Tagesschule, Möglichkeit zum Angebot von Freifächern, soziale Durchmischung, attraktivere Schulleitungsstellen, grössere Kollegien für gegenseitigen Erfahrungs- und Wissensaustausch) und einige Nachteile (die Schule findet ausserhalb des Dorfes statt, es fallen Transportkosten an, es braucht vertragliche Regelungen unter den Gemeinden) angeführt.

Als mögliche Aufgaben von seeland.biel/bienne werden genannt:

- Erfahrungsaustausch unter den Gemeinden ermöglichen
- Erfolgreiche Modelle bekannt machen
- Strategieentwicklung in den Gemeinden unterstützen (z.B. durch Beratung/Coaching)

2.4 „Neue Finanzierung Volksschule NFV“

Input von Heinz Röthlisberger, Erziehungsdirektion, Projektleiter NFV

Auslöser für die Anpassung der Finanzierung der Volksschule sind der demografische Wandel mit einem generellen Rückgang der Schülerzahlen in ländlichen Gebieten sowie neue Aufgaben in der Volksschule, die zusätzliche Mittel erfordern. Mit der Neuen Finanzierung Volksschule (NFV) soll die (strategische und finanzielle) Eigenverantwortung der Gemeinden gestärkt werden. Falsche Anreize und unflexible Rahmenbedingungen sollen zugunsten eines grösseren Spielraums der Gemeinden abgeschafft werden. Heute lohnt sich Kosten sparendes Verhalten für die Gemeinden nicht. Mit dem neuen Finanzierungsmodell können die Gemeinden die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gezielter einsetzen. Sie haben grösseren Spielraum für die Gestaltung ihrer Schulen und können lokale Verhältnisse und Bedürfnisse besser berücksichtigen. Damit diese Chancen genutzt werden können, müssen die Gemeinden stärker als bisher über die Strukturen, Modelle und Angebote ihrer Schulen entscheiden. Es besteht die Gefahr, dass einzelnen Gemeinden dadurch überfordert werden. Die Gemeinden können sich auf die NFV einstellen, indem sie die Entwicklung ihrer Schülerzahlen analysieren, die Möglichkeiten zur Umsetzung neuer Aufgaben im Volksschulbereich prüfen, die Schulstrukturen und die Schulorganisation optimieren und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit prüfen.

Das Handout zum Inputreferat befindet sich im Anhang.

Ergebnisse der Tischgespräche

Die Diskussion bestätigt, dass die NFV eine komplexe Vorlage ist, deren Auswirkungen für viele Gemeinden noch nicht absehbar sind und die zu tief greifenden Änderungen in der Schulorganisation führen kann. Mit der NFV nimmt die Verantwortung der Gemeinden im Bereich der Volksschule zu (Finanzierung, Organisation, Angebot). Eine optimale Umsetzung setzt einen hohen Grad an Professionalität und damit auch die vollständige Umsetzung der geleiteten Schule (siehe 2.1) voraus. Die NFV wird in den Gemeinden zu vermehrten Diskussionen unter den Akteuren (Behörden, Schulleitungen, Lehrpersonen, Eltern) führen: Was ist eine gute Schule? Was soll sie leisten? Was darf sie kosten? Die NFV soll dabei nicht eine Sparübung sein, aber den bisherigen Kostensteigerungsverlauf brechen. Aufgrund der steigenden Anforderungen und der grösseren finanziellen Eigenverantwortung wird der Druck zur Zusammenarbeit unter den Gemeinden steigen. Der grössere Spielraum für die Gemeinden in der Gestaltung der Schule wird einerseits begrüsst. Andererseits muss die Chancengleichheit für die Schüler/innen gewahrt bleiben. Der Kanton ist gefordert, eine gute Balance zwischen Gestaltungsspielraum und Vorgaben zu finden.

Als mögliche Aufgaben von seeland.biel/bienne werden genannt:

- Information für die Gemeinden zur NFV (und anderen wichtigen Vorlagen)
- Workshops und Schulungsangebote für Behörden und Schulleitungen

3. Folgerungen

Generelle Einschätzung

Der demografische Wandel, laufende Reformen und anstehende Änderungen im Bereich der Volksschule konfrontieren die Gemeinden mit neuen Rahmenbedingungen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Die Anforderungen steigen. Die Gemeinden müssen Struktur, Organisation und Angebot ihrer Schulen überprüfen und anpassen. Dazu braucht es – insbesondere im ländlichen Raum – auch neue Modelle der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit.

Die rege Teilnahme und die angeregten Diskussionen haben bestätigt, dass in den Gemeinden ein Bedarf nach Information und Austausch zu Themen der Volksschule besteht. Die Inputs und der Erfahrungsaustausch im Rahmen des Workshops wurden geschätzt und als wertvoll erachtet. Abgesehen von vereinzelter Zusammenarbeit unter Nachbargemeinden findet in der Region kaum Vernetzung und Austausch unter den Gemeinden statt. Dadurch liegt viel Wissen und Erfahrung brach und kann von anderen nicht genutzt werden. Das Rad wird oft neu erfunden (oder die Problemlösung wird aufgeschoben).

Aus Sicht der Workshop-Teilnehmer/innen kann s.b/b die Gemeinden im Volksschulbereich auf drei Ebenen unterstützen:

- als Anbieterin von Plattformen für Information, Diskussion und Erfahrungsaustausch
- durch Lobbying in Volksschulfragen gegenüber dem Kanton
- durch die Erarbeitung von Grundlagen und Umsetzungshilfen.

Der Fokus von s.b/b richtet sich dabei auf die Unterstützung der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer politisch-strategischen Aufgaben in der Volksschule. Dabei ist eine gute Abstimmung mit bestehenden Angeboten, insb. des Schulinspektorats, zentral. Allfällige Aktivitäten von s.b/b dürfen nicht zu Doppelspurigkeiten führen, sondern sollen Lücken schliessen und auf Bedürfnisse der Gemeinden reagieren.

Massnahmenvorschläge des Leitungsgremiums

1. Plattform für Information, Diskussion und Erfahrungsaustausch

- Die Konferenz Bildung führt jährlich 1-2 mal eine Veranstaltung für Information, Diskussion und Austausch zu Volksschulthemen durch. Die Veranstaltungen werden mit den Anlässen des Schulinspektorats abgestimmt (keine Doppelspurigkeiten).
- Die Konferenz Bildung prüft mit dem Schulinspektorat den Aufbau einer Informationsplattform zur Umsetzung von Reformen und neuen Angeboten in der Volksschule. Die Plattform soll zur Anregung und Kontaktvermittlung für Austausch und Selbsthilfe unter den Gemeinden dienen.

2. Politische Meinungsbildung und Lobbying zu Geschäften des Grossen Rats:

- Die Konferenz Bildung beteiligt sich an Vernehmlassungen zu wichtigen Geschäften des Kantons (z.B. FILAG, Revision Volksschulgesetz etc.) und bezieht die Gemeinden bei Bedarf in die Meinungsbildung ein.

- Das Leitungsgremium sucht vor den Grossrats-Sessionen den Dialog mit der Parlamentarischen Begleitgruppe von s.b/b und bringt die Haltung der Gemeinden zu aktuellen Geschäften des Grossen Rats ein.

3. Regionales Umsetzungsmodell Schulsozialarbeit/Offene Kinder- und Jugendarbeit

- Die Konferenz Bildung lanciert gemeinsam mit der Konferenz Soziales und Gesundheit ein Projekt zur Umsetzung von Schulsozialarbeit und offener Kinder- und Jugendarbeit in der Region. Das Projekt soll Grundlagen und Modelle für das Angebot und die Koordination von Schulsozialarbeit und offener Kinder- und Jugendarbeit ab 2012 erarbeiten. Damit soll die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in den Gemeinden unterstützt, die Umsetzung erleichtert und eine qualitativ gute und effiziente Aufgabenerfüllung gefördert werden.

4 Pilotprojekt Schulstrategien für kleine Gemeinden

- Im Rahmen eines Pilotprojekts unterstützt die Konferenz Bildung die Gemeinden bei der Entwicklung von gemeindeübergreifenden Schulstrukturen in der Unterstufe. Die Unterstützung erfolgt durch die Vermittlung und/oder Mitfinanzierung einer professionellen Beratung/Prozessmoderation. Voraussetzung ist ein Antrag der beteiligten Gemeinden. Das Interesse an einer solchen Unterstützung und die Abgrenzung geeigneter Projektperimeter soll in den Teilräumen diskutiert werden.

Kosten und Finanzierung

Die Massnahmen 1-2 können im Rahmen des ordentlichen Budgets von s.b/b finanziert werden (Budgetpos. 120.300 Betreuung der Fachkonferenzen resp. 130.300 Reserve für Abklärungen/Projekte). Mit der Einsetzung der Konferenzen Bildung und Soziales und Gesundheit ist der Mittelbedarf für die Betreuung der Konferenzen (sog. Support) gestiegen. Ab 2011 ist deshalb eine Erhöhung der beiden Budgetpositionen 120.300 und 130.300 zu prüfen.

Die Massnahmen 3 und 4 erfordern spezifische Projektkredite. Allenfalls kommt eine Finanzierung aus der Spezialfinanzierung für regionale Aufgaben in Frage. Da es sich um regionale Pilotprojekte von kantonalem Interesse handelt, ist eine Mitfinanzierung durch den Kanton anzustreben.

Nächste Schritte

Die Massnahmenvorschläge werden mit den beteiligten Partnern diskutiert und konkretisiert. Anschliessend folgt die Antragstellung an den Vorstand zur Auslösung der Umsetzung.